



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/275 - 2. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 17D

Fernsprecher 31331 - 33

Fernschreiber 0686990

Hinweise  
auf den Inhalt:

Son Tod Friedrich Stampfers	S. 1
Die dritte deutsch-französische Konferenz	S. 3
SPD und Personalvertretungs-Gesetz	S. 5
Zu Brentanos London-Besuch	S. 7
Dritte Säule hessischer Schulpolitik: Lehrerbil- dungsgesetz	S. 9

---

## Letzter Gruss an Friedrich Stampfer

Von Erich Ollenhauer  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Friedrich Stampfer ist gestorben. Wir wussten, dass sein Herzleiden ihn in den letzten Jahren zunehmend zu schaffen machte, und er war im September 83 Jahre alt geworden. Man musste also damit rechnen, dass dieses reiche Leben sich seinem Ende näherte. Auch er wusste es. Aber jetzt, da sein Tod harte Wirklichkeit geworden ist, erfüllt jeden, der ihn kannte, Schmerz und Traurigkeit über einen grossen und schweren Verlust.

Wer war Friedrich Stampfer? Millionen von Lesern und Hörern der jungen und mittleren Generation werden so fragen, wenn sie jetzt die Nachrufe über diesen Mann lesen oder hören. Wenige Tage nach der Bundestagswahl schickte er mir mit einer herzlichen Widmung sein letztes Werk: "Erfahrungen und Erkenntnisse, Aufzeichnungen aus meinem Leben". Dieses Buch ist mehr als sein Titel verspricht. Es ist die knappe, sachlich nüchterne Darstellung von 65 Jahren deutscher und internationaler Politik, so wie sie ein Mensch, der aus Leidenschaft und Überzeugung sozialdemokratischer Politiker war, gesehen, erlebt und mitgestaltet hat.

Wir müssen dem Schicksal dankbar sein, dass Friedrich Stampfer diese Biographie noch vollenden und veröffentlichen konnte, ehe er starb, denn so ist uns ein bewegendes und ermutigendes Selbstbekenntnis des Politikers und Journalisten Friedrich Stampfer geschenkt worden, das lange über seinen Tod hinaus wirken wird.

Mit Friedrich Stampfer ist eine der letzten grossen handelnden Persönlichkeiten der Weimarer Demokratie von uns gegangen. Als Journalist und als Politiker hat er gestaltend und massgebend die Politik der deutschen Sozialdemokratie durch Jahrzehnte mitbestimmt. Oft stand er in den vordersten Reihen der Auseinandersetzung um die beste politische Entscheidung der Partei, vor allem während des ersten Weltkrieges, in den Jahren der Weimarer Republik und in der harten Zeit der Emigration. Niemals aber verlor er den Blick für das Ganze, stets wusste er um die grosse Verantwortung, die ihm vor allem seine Stellung als Chefredakteur des "Vorwärts" und als Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei auferlegte. Sehr oft hatte er Gegner, niemals Feinde.

Friedrich Stampfers Bedeutung erschöpft sich aber nicht in seinem Wirken als eine der handelnden Figuren der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Demokratie. In Friedrich Stampfer ist einer der grossen Journalisten unserer Zeit hingegangen. Seine Pionierarbeit für die Anerkennung des unabhängigen Journalisten, seine täglichen Kommentare zur politischen Situation, die Klarheit seines Stils, die Sachlichkeit seiner Argumentation, das alles hat den Typ des Journalisten mitschaffen und mitformen helfen, der im politischen Rat der Völker Stimme und Gewicht gewann.

Friedrich Stampfer wusste aber auch und gerade als Journalist um die bittere Notwendigkeit der politischen Schulung, wenn die Demokratie tatsächlich die Selbstregierung des Volkes werden sollte. Sein erstes grösseres Werk beschäftigt sich mit den Grundbegriffen der Politik. Es erschien im Jahre 1910, und bis zu seinem Tode beschäftigte er sich mit einer Überarbeitung der dritten Auflage dieser Schrift. Friedrich Stampfer sah in seiner politischen und journalistischen Tätigkeit auch immer die pädagogische Aufgabe. Es ging ihm um den Menschen, um die Entwicklung seiner Persönlichkeit und seiner Fähigkeiten, politisch zu denken und zu handeln.

Die letzten Jahrzehnte seines Lebens waren überschattet durch die Katastrophe der Hitlerdiktatur und des zweiten Weltkrieges mit allen ihren verheerenden Folgen, vor allem auch für das deutsche Volk selbst. Es schien, als sei alles vergebens gewesen, aber Friedrich Stampfer wurde in den dunkelsten Tagen des Krieges nicht müde, seine Stimme für das andere Deutschland zu erheben und zur Vernunft zu mahnen. 1948 kehrte der mehr als Siebzigjährige aus den Vereinigten Staaten zurück nach Deutschland, um mit Hand anzulegen in seiner Art und mit seinen Fähigkeiten am Neubau unseres Landes. Er tat es - trotz allem was er erlebt und erlitten hatte - unverzagt, ungebrochen und mit seiner alten Meisterschaft im Gebrauch des gesprochenen und geschriebenen Wortes.

Nun hat ihm der Tod die Feder aus der Hand genommen. In unsere Trauer und in unseren Schmerz mischt sich das Gefühl einer grossen und tiefen Dankbarkeit gegenüber dem Menschen, dem Politiker und dem Journalisten Friedrich Stampfer.

Deutschland und Frankreich in Europa und Afrika

G. M. Die dritte deutsch-französische Konferenz, die am vergangenen Wochenende in Bad Godesberg stattfand, stand im Zeichen der NATO-Krise und damit - im übertragenen Sinne - auch im Zeichen des Versuchs, politische Lösungen für die Weltprobleme der Gegenwart zu finden. So war die Konferenz eigentlich mehr als nur ein deutsch-französischer Meinungsaustausch; sie stiess vor in die grosse Problematik der Sicherung des Friedens und der Erhaltung der Freiheit.

Auf französischer Seite wollte man ohne Zweifel die Deutschen davon überzeugen, dass "gegen den anglo-saxonischen Führungsanspruch in der NATO" ein "europäisches Gewicht auf der Grundlage der Montanunion-Staaten" geschaffen werden müsse. Wenn man auch betonte, der Akzent dürfe nicht auf dem Wort "gegen" liegen, so liess sich doch leicht erkennen, wie sehr den französischen Gesprächspartnern daran gelegen war, die jetzige, von ihnen als Isolierung empfundene Situation mit Hilfe des deutschen Partners zu überwinden.

Obwohl man in zwei Kommissionen arbeitete, (Kommission Nr. 1: Deutschland und Frankreich im Verhältnis zu Afrika. Kommission Nr. 2: Europa und die europäische Sicherheit) mündeten doch alle Gespräche in die Überlegung ein, ob "Europa" genügend geistige und materielle Kraft entwickeln könne, um unter Umständen auch selbst mit den politischen, ökonomischen und militärischen Problemen fertig werden zu können.

"Schlicht gesagt - Irrsinn"

Es waren die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Prof. Carlo Schmid und Fritz Erler, die, wohl im Namen der meisten deutschen Tagungsteilnehmer unwidersprochen feststellen konnten, dass die Fortsetzung des atomaren Rüstungswettlaufs die Probleme Europas nur noch weiter komplizieren könne. Erler fand den ungeteilten Beifall, als er vor einer Hysterie im Verhältnis zwischen Ost und West warnte und erklärte: "Das Wettrennen um den kleinen Rüstungsvorsprung ist, schlicht gesagt, Irrsinn. Wir müssen endlich die Hände freibekommen für politische Lösungen."

Trotzdem versuchten die französischen Gesprächspartner immer wieder, die Notwendigkeit des militärisch und politischen engeren Zusammenrückens der sechs Montanunion-Länder innerhalb der NATO zu beweisen. Man sprach viel über die "Konsultation" und versäumte auch nicht den Deutschen nahezu legen, dem Gedanken der Schaffung eines europäischen "Atom-Pools" näherzutreten. Ausser dem Bundestagsabgeordneten der CDU, Admiral a.D. von der Heye, der sich zwar auch nicht direkt für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprach, den übrigen französischen Vorstellungen jedoch sehr nahekam, gingen die anderen deutschen Konferenzteilnehmer französischen Überlegungen und Vorschlägen dieser Art höflich, aber bestimmt aus dem Wege. Es blieb bei der Feststellung, eine Aktivierung der europäischen Politik könne nichts schaden, dürfe aber nicht den Stempel des "anti" tragen.

Europa und Afrika

Sehr instruktiv waren die Unterhaltungen über das Schicksal Afrikas. Hierbei wurde von den Franzosen deutlich gemacht - und von den Deutschen anerkannt - dass die Problematik Algeriens eine andere sei, als die des afrikanischen Kontinents. Alle französischen Teilnehmer betrachteten Algerien als "Teil Frankreichs" und wiesen die Möglichkeit ähnlicher Lösungen, wie sie für Marokko und Tunis gefunden wurden,

weit von sich. Die Völker des sogenannten schwarzen Afrika dagegen befänden sich in einer anderen Situation. Sie verfügen über eine Führungsschicht, die in freiwilliger Erkenntnis notwendiger Bindungen an Frankreich den engen Kontakt mit Europa suchen. Hier bieten sich nach französischer Auffassung viele Möglichkeiten geistiger und materieller Art für eine gute Zusammenarbeit auch mit der Bundesrepublik. Von deutscher Seite wurde mehrfach angedeutet, dass in Deutschland kein Interesse daran bestehe, in den Augen der afrikanischen Völker eines Tages als so etwas wie ein verlängertes Arm französischer Kolonialpolitik betrachtet zu werden. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika müsse auf freiwilliger Basis und in Anerkennung des Prinzips der Uneigennützigkeit Europas durch die afrikanischen Völker erfolgen. Nur wenn es Europa gelinge, den afrikanischen Völkern verständlich zu machen, dass die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit nicht zweckbestimmt, sondern loyal sei, könne sie gute Früchte tragen. Die meisten französischen Gesprächspartner erkannten dieses Prinzip einer europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit an. Der frühere französische Minister Mitterand sprach zum Afrikaproblem ein mahnendes Wort, das gleichermassen bei Franzosen und Deutschen Beifall fand: "Trotzdem es von vielen behauptet wird, ist der Kommunismus in Afrika nicht das Hauptproblem. Der Kommunismus wird dort nur zur Gefahr, wenn wir Europäer unsere grosse Chance nicht begreifen. Diese Chance besteht in unserem Willen, den afrikanischen Völkern die Gleichberechtigung und Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes uneigennützig zu bringen."

#### Gegen das Grossmacht-Denken

In der Abschlusssitzung der dreitägigen Konferenz erlebten die Tagungsteilnehmer, die ja keine Beschlüsse zu fassen hatten, zu welchen unterschiedlichen Auffassungen von der internationalen Situation man trotz einer herzlichen Freundschaft gelangen kann. Etwas deprimiert meinte der frühere französische Aussenminister und Ministerpräsident Robert Schuman, man dürfe nichts tun, um die vorübergehende Missstimmung unter den Atlantikpakt-Partnern zu steigern. Die NATO habe "uns den Frieden erhalten helfen". Man müsse einander konsultieren und dann werde das Verteidigungsbündnis NATO wohl wieder seine volle Wirksamkeit haben. Anders dagegen Carlo Schmid. Er forderte die Tagungsteilnehmer auf, das "Grossmacht-Denken" auszuschalten. Grossmächte seien heute nur diejenigen Staaten, die imstande sind, jederzeit und überall in der Welt Macht auszuüben. Alle anderen seien mehr oder weniger Satelliten und militärische Stützpunkte. Wer das klar erkenne, müsse daraus bestimmte Konsequenzen ziehen. Der Versuch aber, scheinbare Machtpositionen künstlich aufrecht zu erhalten, könne die Katastrophe nur beschleunigen. Carlo Schmid forderte das direkte Gespräch zwischen Moskau und Washington, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und das dauernde Drängen, die wirklichen Grossmächte zu politischen Entscheidungen zu bringen. Man spreche - so sagte Carlo Schmid - oft von einer Gefahr, die in einer direkten Verständigung zwischen den beiden Grossmächten Russland und Amerika für kleinere Staaten liege. Die viel grössere Gefahr sei aber die Verkrüpfung im militärischen Status-quo-Denken. Wenn es dagegen gelinge, eine Zone der Entspannung in Europa zu schaffen, werde eine Chance zur Auflockerung der militärischen Blocksysteme gegeben, eine Chance, ohne die eine Politik zur Erhaltung des Friedens nicht möglich sei.

+

Kleiner Epilog: Carlo Schmid und Erlers Ausführungen fanden die begeisterte Zustimmung wohl der meisten Konferenzteilnehmer. Wenn Beifall Zustimmung bedeutet und Zustimmung die Bereitschaft zum Handeln, wäre die dritte deutsch-französische Konferenz ein Erfolg gewesen...

+ + +

### Keine Parteifesseln in Bremen

M.T. Das Bremische Personalvertretungsgesetz, das die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst dieses Stadt-Staates regelt, wurde in diesen Tagen mit den Stimmen der SPD in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) verabschiedet. Wenn die politischen Auseinandersetzungen über dieses Gesetz weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung gefunden haben, so nicht allein wegen unstrittener verfassungsrechtlicher Auslegungen, sondern weil hier sozialdemokratische Senatoren und die sozialdemokratische Parlamentsfraktion in aller Öffentlichkeit gegenteilige Auffassungen vertraten.

Einigkeit bestand in allen Kreisen der SPD darüber, dass die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ausgedehnet und damit ein gewerkschaftliches Prinzip verwirklicht werden soll, das in der Privatindustrie bereits seine Bewährungsprobe bestanden hat. Unstritten war jedoch die von der SPD-Fraktion geforderte und mit der absoluten Mehrheit im Parlament schliesslich auch durchgesetzte Einigungsstelle, die dem Senat das letzte Entscheidungsrecht bei allen personellen Streitfällen entzieht und an einen Ausschuss überweist, der aus drei Senatoren, drei Personalräten und dem Präsidenten der Bürgerschaft als unparteiischen Vorsitzenden besteht.

Während der Senat mit dieser Einigungsstelle die Dreiteilung der Gewalten verletzt sieht, da sie der Exekutive und damit letztlich auch der parlamentarischen Kontrolle entzogen ist, stand die SPD auf dem Standpunkt, dass das Personalvertretungsgesetz in der vorgelegten Form sehr wohl mit der Landesverfassung vereinbar ist. Sie wurde entscheidend unterstützt durch ein Mehrheitsgutachten des Bremischen Staatsgerichtshofes, der am 3. Mai 1957 feststellte, die Einigungsstelle sei mit der Landesverfassung vereinbar.

Da eine Einigung zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den sozialdemokratischen Senatsmitgliedern nicht möglich war, wurde die Diskussion vor dem Parlament zum Abschluss gebracht. Die von den politischen Gegnern erhoffte Sensation blieb allerdings aus: Der fruchtlose Streit zwischen Angehörigen der gleichen Partei fand nicht statt, vielmehr wurden Parlament und Zuhörer Zeuge einer ernstesten, auf beiden Seiten von tiefem Verantwortungsbewusstsein getragenen Diskussion, die allerdings keine Änderung der Auffassungen mehr bringen konnte, da die

Grenzen bereits abgesteckt waren. Statt einer öffentlichen Blamage wurde wieder einmal die Kraft innerparteilicher Demokratie in der SPD demonstriert, die auch Meinungsgegensätze zwischen Vertretern der Exekutive und der Legislative vor aller Öffentlichkeit nicht zu scheuen braucht.

Wenn die SPD für die Einigungsstelle eintrat, so deshalb, weil die Mitbestimmung ihren Wert verliert, solange die personelle Mitbestimmung ausgeklammert bleibt. Das Argument, die Einigungsstelle entziehe sich der Kontrolle des Parlaments, konnte nicht wirksam werden, weil dieser Ausschuss durch die Besetzung mit drei Senatmitgliedern und durch den Vorsitzenden - den Parlamentspräsidenten - in der Mehrheit durch Persönlichkeiten repräsentiert wird, die sehr wohl der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Der Senat in Bremen wird eine Normen-Kontrollklage beim Bundesverfassungsgericht anstrengen, um die Vereinbarkeit des Personalvertretungsgesetzes mit dem Grundgesetz prüfen zu lassen. Wie in Karlsruhe entschieden wird, ist aber zunächst ohne Einfluss, denn die Einigungsstelle ist in Bremen Gesetz geworden. Es kommt jetzt nach Auffassung der SPD darauf an, diese Einrichtung weder zu behindern, noch zu missbrauchen. Die Praxis ist der beste Weg zu beweisen, dass hier ein Schritt nach vorn getan wurde in dem Bestreben, der sozialen Demokratie ein neues Feld zu eröffnen.

Mit der Einigungsstelle werden den Personalräten allerdings nicht nur neue Rechte eingeräumt, sondern auch schwerwiegende Pflichten auferlegt. Die gemeinsame Arbeit muss in der Zukunft erweisen, dass mit der erweiterten Mitbestimmung letztlich der Verwaltung und der Arbeitnehmerschaft im öffentlichen Dienst und damit auch der Bevölkerung selbst ein Dienst geleistet wurde. Dass CDU, FDP und DF dem neuen Gesetz ihre Zustimmung verweigerten, war selbstverständlich. Doch standen hier weniger verfassungsrechtliche als allgemein politische Fragen im Vordergrund. Nicht nur in Bremen haben die Parteien rechts der SPD bisher jedem Versuch Widerstand entgegengesetzt, die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in das veränderte Gesellschaftsbild einzufügen.

+ + +

Der letzte Pfennig: Im letzten Absatz unserer Betrachtung "Der letzte Pfennig" in der Ausgabe vom 30. November 1957 muss es natürlich richtig heißen: "12,4 Millionen to ..... sind 12,4 Milliarden Liter. Daraus ergibt sich natürlicherweise der Betrag von 124 Mio. DM.

+ + +

Britische Wunschliste

ler. Nun muss Aussenminister von Brentano mit der britischen Regierung die Gespräche führen, die für den an Grippe erkrankten Bundeskanzler Adenauer vorgesehen waren. Die Anregung dazu kam von London aus, das offensichtlich anderthalb Wochen vor Beginn der Pariser NATO-Konferenz sehr daran gelegen ist, die deutschen Absichten und Pläne zu erfahren, aber vielleicht noch mehr und in stärkerem Grade eine eigene Wunschliste vorzutragen. Es mag kein Zufall sein, dass am Vorabend des Brentano-Besuches die sonst sehr zurückhaltende "Times" sich nun offen als Austauschobjekt für einen Verzicht der Bundeswehr auf atomare Waffen ausgesprochen hat - inwieweit hier Gedanken der gegenwärtigen britischen Regierung wiedergegeben werden, bleibt allerdings eine Frage der Spekulation. Die bekannten Ideen des amerikanischen Russland-Experten George Kennan finden in der britischen Öffentlichkeit eine ungeheuer starke Beachtung, da sie geeignet sind, der westlichen Deutschlandpolitik neue Impulse zu geben und das west-östliche Verhältnis aus seiner durch Misstrauen und Rüstungswettlauf gekennzeichneten Unfruchtbarkeit herauszuführen. Der unheimliche Anblick von über ihren Köpfen kreisenden und Wasserstoffbomben tragenden amerikanischen Flugzeugen gibt Anlass genug zu neuem Nachdenken. Die britische Bevölkerung ist bestürzt und schockiert. Dem kann sich auch die Regierung nicht verschliessen.

Ob von Brentano sich hier als ein Ideenreger betätigen wird, bleibt freilich offen. Zu erwarten ist es nicht. Die britische Regierung glaubt annehmen zu können, dass sich im Grunde genommen Bonn schon für die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und der Errichtung von Abschussbasen für Raketen mittlerer Reichweite entschieden hat. Von Brentano war allerdings so klug, für seine London-Reise auf die Begleitung von Strauss zu verzichten, was dafür spricht, dass es ihm für den gegenwärtigen Zeitpunkt zweckmässig erscheint, mehr das Gewicht der Bonner Wünsche auf die politische Stärkung der NATO zu legen. Mit seinem Lieblingsgedanken, die NATO-Partner mögen sich, bevor sie Entscheidungen treffen, untereinander konsultieren, ist er in Washington freilich nicht gut angekommen. Vom britischen Premierminister MacMillan stammt das Wort von der gegenseitigen Abhängigkeit. Was es praktisch bedeutet, welche politischen Konsequenzen daraus für die Mitglieder entstehen, ist freilich nie genau definiert worden. MacMillan war es auch, der seinerzeit, im Frühjahr dieses Jahres, das Weissbuch



der britischen Regierung veröffentlichte, das die Umstellung der britischen Armee auf atomare Bewaffnung und die im Zusammenhang damit stehende Verringerung der britischen Truppenstärke in der Bundesrepublik ankündigte und begründete. Kein NATO-Mitglied, auch nicht die Bundesrepublik, war von diesen Plänen vorher unterrichtet worden. Dies allein zeigt schon die Grenzen der Tragfähigkeit des NATO-Paktes. Die Mitglieder handeln, wenn es um eigene wirtschaftliche und nationale Interessen geht, unter dem Druck dieser Interessen.

Ein unmittelbares britisches Interesse ist die Weiterzahlung von Stationierungskosten durch die Bundesrepublik, obwohl im Vergleich zum Vorjahr die britischen Truppen inzwischen verringert wurden. Ein weiterer Truppenabzug von 15 000 Mann steht bevor, sehr zum Verdruss der Bonner Regierung, die ihn, da sie ihn nicht aufhalten kann, zumindest verschieben möchte. Die britische Regierung, die Bonner Zwangslage erkennend, wünscht daraus ein Sondergeschäft zu machen, indem sie darauf drängt, dass der Betrag von 600 Millionen Mark weiterhin als Stationierungskosten entrichtet wird; sie wäre dann bereit, von den vorgesehenen 15 000 Mann einige Tausend doch noch auf westdeutschem Boden stehen zu lassen. Hier dürfte ein Fallschirm einsetzen, das auf Kosten des deutschen Steuerzahlers geht; die Teilnahme Staatssekretärs Hallstein bei diesen Verhandlungen gibt keine Gewähr für Bonner Standhaftigkeit, wie zum Leidwesen des früheren Finanzministers Scheffer Beispiele aus der Vergangenheit lehren.

Es wird nicht zu vermeiden sein, dass bei dieser Begegnung, zumindest im Hintergrund, die Pläne einer Wiederbelebung "Klein-Europas", bestehend aus den sechs Mitgliedstaaten der Montan-Union, auftauchen. Frankreich, das vor drei Jahren dem "EWG-Europa" ein Begräbnis bereitetete, hat heute grosse Neigung, diesem leeren Gebilde wieder Odem einzuhauchen, weil es sich dadurch eine Stärkung seiner Stellung im Verhältnis zu den anglo-sächsischen Mächten erhofft. Die Briten sind kein Freund solcher aus der Schublade wieder herausgeholtter Ideen, sie fürchten, dass sie im Zuge einer solchen Entwicklung vom europäischen Festkontinent ganz abgeschnürt würden und man dann alle Pläne über die Einbeziehung einer Freihandelszone zu den Ländern des gemeinsamen Marktes begraben müsste. Hier dürfte von Brentano, falls er sich auf seinen schon Husarenritt begäbe, seine zweite Enttäuschung innerhalb weniger Wochen erleben.

\* \* \*



Gemeinselt, aber noch nicht aufgestellt

R. B. Die soziologische Entwicklung ist der Schule davongelaufen. Etwa durch eine entsprechend revidierte Lehrplangestaltung allein eine Änderung herbeiführen zu wollen, hiesse unser Schulsystem im Hoppelgallopp hinter einen überlegenen Schrittmacher herzuschicken und das Ziel schliesslich aus den Augen zu verlieren. Was gebraucht wird, um Abhilfe zu schaffen, ist ein universell ausgebildeter Lehrkörper, der die ihm anvertraute Jugend auf die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Problemen der Gegenwart und Zukunft vorzubereiten weiss.

Seit Juni dieses Jahres liegt den Fraktionen des Hessischen Landtags ein Entwurf des Kultusministers Arno Hennig für ein "Gesetz über das Lehramt an öffentlichen Schulen" vor, das die dritte Säule der klug angelegten und vorausplanenden hessischen Schulpolitik werden soll. Mit diesem Gesetzentwurf wird ein sechssemestriges Universitätsstudium auch für Volksschullehrer zur Auflage gemacht. Arno Hennigs Pläne zielen darauf ab, die beiden derzeit bestehenden Lehrerbildungsstätten in Jungheim (Bergstrasse) und Weilburg (Lahn), an denen gegenwärtig rund 800 bzw. 700 Aspiranten auf ihr Lehramt vorbereitet werden, aufzulösen und an ihrer Stelle eine zentrale Hochschule für Erziehung (Kapazität: 1 800 bis 2 000 Studierende) einzurichten. Diese Hochschule soll auf den Erfahrungen der beiden derzeitigen Institute aufbauen und sie weiter entwickeln. Begründet wird diese Absicht damit, dass eine grosse Hochschule bessere Voraussetzungen für Forschung, Lehre und Studium der einzelnen Wissenschaften biete als mehrere kleine Einrichtungen.

Bisher nur auf dem Verwaltungswege

Anlass für die Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfs bietet ferner der Umstand, dass Ausbildung und Prüfung von Lehrern augenblicklich noch der gesetzlichen Grundlage entbehren. Notwendig werdende Bestimmungen werden im Verwaltungswege erlassen. Der Gesetzentwurf soll darum der Forderung, im demokratischen Rechtsstaat müsse die Organisationsgewalt des Staates auf gesetzlicher Grundlage basieren, Genüge tun.

Während nun die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB erklärte, sie erachte den von Arno Hennig vorgelegten Entwurf als eine oberste Grenze des zur Zeit erreichbaren Fortschritts in der Lehrerbildung, und schon früher für eine Universitätsausbildung eintrat, brachte die Opposition im hessischen Landtag ihre Ablehnung zum Ausdruck, so dass Arno Hennig bisher auf eine Beratung im Plenum verzichtete, da ihm daran gelegen war, in Anbetracht der grundsätzlichen Bedeutung dieses Ge-

gesetzes eine möglichst breite parlamentarische Basis zu finden.

Die Christdemokraten setzen dem Vorschlag auf Schaffung einer zentralen pädagogischen Hochschule den Einwand entgegen, dass ein solcher "Massenbetrieb" die individuelle Betreuung beeinträchtigt und fordert stattdessen die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes unter schlenmässiger Ausweitung der kleineren Institute. Die Freien Demokraten wollten gleichfalls an dem alten Zustand festhalten, mit der Nuance, den Instituten einen hochschulmässigen Aufbau zu geben, sie in Universitätsstädten zu etablieren und den dortigen Hochschulen anzugliedern. Solche Pläne fanden in Kreisen der Universitäten jedoch keine Gegenliebe.

#### Opposition ohne sachliche Argumente

Arno Hennig brachte unmissverständlich zum Ausdruck, dass niemand sich an den Grössenverhältnissen der geplanten Hochschule zu stossen brauche. Es werde Sorge dafür getragen, dass die Zahl der Dozenten in einem optimal günstigen Verhältnis zu der der Studierenden stehen würde. Aber auch dieses gewichtige Argument wollen die Oppositionseiferer nicht gelten lassen. Dem Entwurf liegen keine sachlichen und organisatorischen Gesichtspunkte zugrunde. Er ist bestimmt von dem Gedanken, den hessischen Schulen Lehrkräfte zuzuführen, die befähigt sind, den ihnen anvertrauten Schülern ein Wissen zu vermitteln, das den Anforderungen unserer Zeit, ja, auch der nächsten Jahrzehnte gerecht wird. Warum also die von keinen sachlichen Argumenten untermauerten Kritiken der Christdemokraten und der FDP? Es gibt wohl kaum eine andere Antwort darauf als: Im nächsten Jahr wird der Landtag neu gewählt. Offensichtlich möchte die FDP sagen können, sie habe mit den Sozialdemokraten nicht paktiert. Sie gab sich früher dann auch wesentlich liberaler und versagte nicht ihr grundsätzliches "Ja" zu Hennigs Reformplänen. Und die CDU? Träumt sicher von Wahlsiegen und daraus für sie zu ziehende Konsequenzen.

Wie dem auch sei, hier geht es nicht um Parteiinteressen, bzw. um sogenannte "christliche" Interessen, sondern um eine Frage, die an das Allgemeinwohl rührt. Es ist eine Gewissensfrage an die Nein-Sager, ob sie ihr kirchlich-politisches Denken in diesem Augenblick verantworten können.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel